

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/224

22. November 1973

"Schwesterliche" Literaturkritik

Zur Strauß-Taktik auf dem Hamburger CDU-Kongreß

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 71 Zeilen

Mit dem Rücken zur Zukunft

Zur Hamburger Mitbestimmungsentscheidung der CDU

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit-
nehmerfragen in der SPD und Staatssekretär im
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 bis 5 / 115 Zeilen

Hilfe für die Sahel-Länder

Eine gesamteuropäische Aktion der Tat

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

"Schwesterliche" Literaturkritik

Zur Strauß-Taktik auf dem Hamburger CDU-Kongreß

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Bundestagsfraktion
der SPD und Mitglied des SPD-Präsidiums

Nach dem Parteitag der CDU in Hamburg ist es ganz deutlich geworden: Die CDU ist zwar die größere aber nicht die mächtigere der beiden Unionsparteien mit dem "C".

Sie erfuhr vor ihrem Kongreß vom starken Mann ihrer bayarischen "Schwester" öffentliche Schelte, weil sie zur falschen Zeit die falschen Themen zu behandeln sich vorgenommen hatte.

Sie wurde am letzten Tage ihres Kongresses durch eine Rede beehrt und belehrt, die Franz Josef Strauß in ganzer Breite Delegierten und Gästen mit nach Hause gab.

Er war's zufrieden, daß sie sich tüchtig abgestrampelt hatten eben im Clinch mit jenen Themen. Er schüttelte sich im Gedanken daran, wie viel Zeit für die Mitbestimmung daran gegeben worden war.

Er lobte die größere "Schwester", weil sie in der Bau-Bodenrechtsfrage eine Position sogar noch rechts von der CSU bezogen hatte (entgegen der Empfehlung des Vorstandes übrigens).

Er dozierte: "Der staatliche Demokratiebegriff - nämlich die Gleichheit aller Stimmen, ob reich oder arm, ob gescheit oder dumm, ob faul oder fleißig, ob Generaldirektor oder Putzfrau -, die Gleichheit der Stimmabgabe in der Demokratie kann nicht automatisch auf alle Institutionen der Gesellschaft übertragen werden."

Weil Franz Josef Strauß weiß, daß die Gleichheit aller Stimmen durchaus der Hebel zur Durchsetzung der Gleichheit der sozialen Chancen für jede und jeden werden kann, wenn von den Stimmen der entsprechende Gebrauch gemacht wird, gab er in Hamburg den Grundton für die Unions-Hymne an, die das Lob der Naturgesetzlichkeit der gesellschaftlichen Ungleichheit preist.

Wären ihm die Themen des CDU-Parteitages als die falschen Themen zur falschen Zeit erschienen, streichelte er die Unions-

"Schwester" nach vollbrachter Schwitzkur mit einer Rede, die deutlicher war als alles, was sonst in Hamburg geboten worden war.

Mit den Beschlüssen der CDU läßt sich's leben, meint Strauß. Er war nicht so schalkhaft wie sein CSU-Knappe Höcherl, der schon vorweg gesagt hatte, "daß die Beschlüsse von Hamburg für uns Literatur sind; ein interessanter Beitrag, den wir zur Kenntnis nehmen und dann werden wir als Abgeordnete, frei nach unserem Gewissen... beschließen. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß in Hamburg jemand glaubt, daß diese Beschlüsse dort für uns verbindlich sind." Herr Strauß lieferte die Literaturkritik gleich frei Haus.

Der gegenwärtige Dreier-Biedenkopf der CDU hatte sich in Hamburg wiederholt entschuldigend geäußert, daß die Themen des Parteitages ja noch von der verflochtenen Unionsführung auf die Tagesordnung gesetzt worden seien. Es hatte sich um Themen gehandelt, die bestimmt wurden durch die von der SPD in Angriff genommenen Probleme unserer Zeit. Nachdem die Beschlüsse als Attrappen für die Schaulaufen der Union zurecht gemodelt worden sind, werden sie, mit Flittergold bestreut, denen serviert, die Strauß so frischweg bei seiner Aufzählung der "Gleichheit aller Stimmen" genannt hatte. Vielleicht merken manche von ihnen nicht, daß diese Beschlüsse bestimmt sind durch das Interesse jener Interessenten, die so billig wie möglich davon zu kommen trachten, wenn Probleme der Zeit gelöst werden müssen, und die - wenn möglich - alles beim Alten lassen möchten.

Franz Josef Strauß versteht die Zeichen der Zeit zu deuten. Deshalb hat er das antisozialistische Vokabular der fünfziger Jahre auf Neu hergerichtet. Er hat seine eigene Philosophie vom "Zeitgeist". Seine Deutung der Zeichen der Zeit ist so interessant, daß Herrn Kohls Pathos dagegen wie Stuck wirkt. Im Ernst: Diejenigen, die wirklich die Probleme unserer Zeit lösen helfen wollen, müssen sich mit Strauß befassen, damit sie sich vor Fehlern hüten, auf die gerade er spekuliert. Er setzt auf eine reaktionäre Grundwelle gegen die häufig aufgeregten Wogen der Reform-Eiferer. Er - der sich bekanntlich nicht versagen würde, wenn er "gerufen" würde - erwartet bei uns zwar nicht haargenau Chile oder Griechenland, aber er setzt auf ein Beharrungsvermögen, das "der Starke", wird er gerufen, sich zunutze machen kann.

Die größere "Schwester" der beiden Unionen mit dem "C" hat sich ihm schon ergeben. (-/22.11.1973/bgy/ex)

+ + +

Mit dem Rücken zur Zukunft

Zur Hamburger Mitbestimmungsentscheidung der CDU

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
in der SPD und Staatssekretär im Bundesministerium
für Arbeit und Sozialordnung

Der Hamburger Parteitag der CDU hat an der paritätischen Mitbestimmung vorbeieentschieden. Der Optimismus des Vorsitzenden der Sozialausschüsse, Hans Katzer, auf dem Parteitag die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Unternehmensorganen ohne Abstriche und Manipulationen durchsetzen zu können, hat sich als selbsttäuschende Fehleinschätzung erwiesen. Wie der Hamburger Beschluß zu qualifizieren ist, haben Sprecher der Sozialausschüsse und der Jungen Union auf dem Parteitag selbst dargelegt. Der Sinn aller Klauseln des CDU-Beschlusses ist es, letztlich das Übergewicht der Kapitaleigner zu sichern.

In Hamburg hat sich der Vorstand der CDU durchgesetzt, genau so wie nach dem Parteitagsbeschluß in der Wirtschaft der Vorstand des Unternehmens in grundlegenden und umstrittenen Fragen die letzte Entscheidung in der Hand behalten soll. Die herrschenden Kräfte in Partei und Wirtschaft haben sich mithin das letzte Wort reserviert. Die Hamburger CDU-Mitbestimmung reicht nur bis zu den vorletzten Fragen. Es soll dafür gesorgt werden, daß die Arbeitnehmer in den Unternehmen auf der letzten Strecke der Entscheidungsprozesse zurückbleiben.

Nicht aus eigenem Antrieb

Wäre die CDU in der Bundesrepublik nicht Opposition, sondern Regierungspartei, dann wäre ihr Mitbestimmungsbeschluß - wenn dann überhaupt einer erfolgt wäre - noch magerer für die Arbeitnehmer ausgefallen. Daß Katzer der Mitbestimmungsfrage in der innerparteilichen Diskussion überhaupt Gewicht geben konnte, hängt mit der Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition zusammen, in dieser Legislaturperiode die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großunternehmen auf die Bonner Tagesordnung zu setzen. Dadurch wurde die CDU zur Stellungnahme gezwungen. Aus eigenem Antrieb hätte sie diese gesellschaftspolitische Aufgabe nicht aufgegriffen. Im übrigen wird die CSU in Bonn darauf hinwirken, den Hamburger CDU-Beschluß noch weiter zugunsten der Anteilseigner zu verändern.

Die Sozialausschüsse der CDU befinden sich in einer schwierigen politischen Lage: Stärken sie ihre eigene Partei, dann schwä-

chen sie zugleich die Chancen der Arbeitnehmer zur demokratischen Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Ist es doch allgemeine Erfahrung, daß sich die CDU/CSU in Regierungsverantwortung noch weiter von den Interessen der Arbeitnehmer entfernen würde, als es in der Opposition ohnehin schon der Fall ist. Die "Sozialphilosophie" des CDU-Generalsekretärs Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wirkt wie Ignoranz gegenüber den sozialen Problemen und den gesellschaftlichen Konflikten in dieser Welt. Je mehr Macht diese Kräfte hätten, umso deutlicher würde das erkennbar werden.

Keine Nebenfrage - eine Hauptfrage

Die Mitbestimmung ist nicht, wie manche Kommentare und der rechte Flügel der CDU und der CSU der Öffentlichkeit weismachen wollten, eine Nebenfrage. Sie ist die Hauptfrage nach der Verfassung der Unternehmen und nach den Möglichkeiten der arbeitenden Menschen, auf die wirtschaftlichen Entscheidungen und damit auf die Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mehr Einfluß zu haben. Rund 85 vH. aller Erwerbstätigen sind heute Arbeitnehmer. Wer einer solchen Arbeitnehmergesellschaft verwehrt, die ihr gemäßen Formen gesellschaftlichen Lebens und gesellschaftlicher Entscheidungen zu entwickeln, der programmiert gleichsam im voraus die Konflikte der 70er Jahre.

Wenn die Mitbestimmung durch Taktieren und Manipulation in ihrem Charakter so deformiert wird, daß von den Arbeitnehmern und ihren Vertretern nur Mitverantwortung gefordert wird, ohne daß sie in den entscheidenden Fragen mitbestimmen können, wird es Widerstand, soziale und politische Auseinandersetzungen geben.

Angst vor der Wahrheit

Die CDU hat auf ihrem Hamburger Parteitag auch bei anderen wichtigen Fragen mit dem Rücken zur Zukunft entschieden. Das ist umso schwerwiegender, weil ganz offensichtlich alle Industriestaaten vor tiefgreifende Strukturprobleme gestellt sind. Die Ölkrise ist nur eines der Merkmale dafür, daß die Industriestaaten künftig mit ihren Mitteln und Möglichkeiten haushälterisch und gerechter umgehen müssen als bisher. Sie sehen sich Tatbeständen gegenüber, die sie bisher hinter dem Plakat eines scheinbar unendlichen Überflusses materieller Güter zu verstecken suchten.

Die CDU ist auf dem Hamburger Parteitag den grundlegenden Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Industriestaaten weithin ausgewichen und sie hat sich mit zynischer Kritik an der Bonner Regierungspolitik begnügt. Dabei hätten ihre führen-

den Leute ohne Schwierigkeiten feststellen können, daß andere westliche Industriestaaten weit größere wirtschaftliche Schwierigkeiten haben als die Bundesrepublik.

Die CDU-Funktionäre wissen natürlich genau, warum sie ihren Blick nicht über die Grenzen richten und die Probleme der Bundesrepublik nicht in ihren internationalen Zusammenhängen behandeln. In einem solchen Fall hätten sie nämlich feststellen und zugeben müssen, daß es über alle Grenzen hinaus prinzipielle Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verfassung von Industriestaaten gibt. Dazu gehört nicht nur die Frage nach der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, sondern gleichzeitig auch die Notwendigkeit, wirtschaftliche Entscheidungen und Entwicklungen in Zukunft mehr an gesellschaftlichen Notwendigkeiten auszurichten: vom Umweltschutz bis zur strukturellen Arbeitsmarktpolitik und einem sorgfältigeren Umgang mit Rohstoffen und anderen Quellen unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Verantwortung gegenüber dem Ganzen und demokratische Kontrolle im eigenen Land sowie ein höheres Maß von Vernunft und Transparenz in internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen können heute nicht mehr mit ideologischen Verdächtigungen abgetan werden. Sich diesen Problemen zuzuwenden, hätte die CDU auf den Weg unbequemer Wahrheiten gebracht und ihr gezeigt, wie wenig die Beschwörung alter politischer Formeln weiterhilft.

Die geheimen Wünsche

Forscht man gleichsam nach den geheimen Wünschen, die dem Parteitag der CDU in Hamburg zugrundelagen, dann ist unschwer die Sehnsucht nach den 60er Jahren zu diagnostizieren. Das aber gerade war ein Jahrzehnt, in dem man sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Industriestaaten mit Sorglosigkeit und leichtem Sinn Fehler erlaubt hat, für die uns in diesem Jahrzehnt Rechnungen präsentiert werden. In Hamburg war die CDU letztlich eine Partei der früheren Tage, die hofft, mit politischer Nostalgie in der Bundesrepublik Stimmung machen zu können. Der Alltag wird sie ernüchtern und ihr zeigen, was es bedeutet, nicht aus den alten Löchern herauszufinden und sich nicht auf eine veränderte Zukunft vorbereiten zu können.

Die 70er Jahre werden nicht zur Gartenlaube einer gemütlichen Gesellschaft werden. Die Zukunft ist nicht mit sentimentaler und wahrheitswidriger Rückschau sicherer zu machen. Sagen was ist, den Mut zur vorausschauenden Politik aufzubringen und die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung an der Bewältigung der gesellschaftlichen Probleme mitbestimmend zu beteiligen - das ist mehr wert und entspricht einem höheren Maß politischer Vernunft.

(-/22.11.1973/ks/ex)

+ + +

Hilfe für die Sahel-Länder

Eine gesamteuropäische Aktion der Tat

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vermutlich gibt es nicht viele, die bisher mit dem Wort "Sahel" etwas anzufangen wußten. Dies soll anders werden. In mehreren europäischen Ländern ist eine "Euro-Action SOS Sahel" gebildet worden, die Hilfe für einen schwergeprüften Teil Afrikas bringen soll. Das Sahel-Gebiet umschließt die afrikanischen Staaten Obervolta, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal und Tschad. Dort herrscht seit Jahren eine Dürre, die sich inzwischen zur Katastrophe ausgeweitet hat. Es begann im Jahre 1966 mit viel zu geringem Niederschlag und führte in diesem Jahr zu besonders schwierigen Auswirkungen, unter denen - durch den Wassermangel bedingt - nicht nur die traditionellen Eigenbedarfskulturen wie Hirse, Mais, Sorghum und Erdnüsse betroffen sind, sondern auch die Viehherden und ganz besonders die Menschen zu leiden haben. Hunderttausende von Kindern sind inzwischen unterernährt; sie werden jetzt erlittene Schäden ihr Leben lang beibehalten.

Mit der neugeschaffenen Aktion - bei deren deutscher Gründung Bundesminister Dr. Erhard Eppler und der frühere Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Sicco Mansholt, den Startschuß gaben - wollen verschiedene Organisationen in vielfältiger Form weite Kreise der Bevölkerung in Europa auf das Problem aufmerksam machen und durch Spenden zusätzlich zu den staatlichen Hilfen private Geldmittel aufbringen.

Die von der Dürre betroffenen afrikanischen Länder wollen und müssen nicht nur an momentane Hilfe denken. Sie müssen Vorsorge-maßnahmen überlegen, die eine erneute Katastrophe dieser Art verhindern oder zumindest vermindern könnten. Dazu zählt, wie aus einem Kommuniqué der Staatschefs der sechs genannten Länder hervorgeht, ein Programm "mit den großen durchzuführenden Vorhaben, wie zum Beispiel Staudämme, zwischenstaatliche Verkehrsverbindungen, groß angelegte Aufforstungen, Bekämpfung von Viehseuchen und

Schaffung eines Sonderfonds des Sahelgebietes."

Von den Ländern der Europäischen Gemeinschaften werden die jetzt gewonnenen Erfahrungen in Taten umzusetzen sein. Bis zum Jahresende soll die Brüsseler Kommission ins Einzelne gehende Vorschläge unterbreiten. Die Leitlinien dafür zeichnen sich bereits ab. Zu den Bemühungen der Gemeinschaft sollen zählen:

- Anstrebung einer Koordinierung mit den übrigen Gebern, und zwar nicht nur für die Festlegung der mengenmäßigen Ziele, sondern auch zur Harmonisierung der Einzelheiten der Gewährung der Hilfen und zur besseren Organisation der Heranführung der Hilfsgüter;

- Förderung einer besseren Programmierung der Hilfssendungen vor allem durch optimale Nutzung der an Ort und Stelle zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel;

- Anlegung von Sicherheitsbeständen in den Sahel-Ländern, insbesondere für die Bildung der für den Unterhalt der Bevölkerung notwendigen Vorräte an Ort und Stelle in den entlegendsten Gebieten, und zwar noch vor der Regenszeit;

- Im Falle einer besonderen Zuspitzung der Lage in einem Gebiet Aufstellung eines Notprogramms für die sofortige Inanspruchnahme von Militärtransportmitteln zur unverzüglichen Unterstützung der gefährdeten Bevölkerung.

Diese Maßnahmen können natürlich nicht für sich in Anspruch nehmen, umfassend und ausreichend zu sein. Die Menschen im Sahel-Gebiet, sowieso nicht mit Reichtümern gesegnet, müssen vor dem Hungertod geschützt werden. Gerade wir in Deutschland wissen, wie wertvoll Hilfe für uns in der Zeit nach dem letzten Weltkrieg war. Was wäre gewesen, wenn andere uns nicht vor dem Verhungern geschützt hätten? Auch daran sollte man denken, wenn jetzt die "Euro-Action SOS Sahel" um Spenden bittet. (-/22.11.1973/ks/bgy/ex)

+ + +